



Sitzung des Stadtrates am 25.10.2023

Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Einrichtung einer zentralen Ansprechstelle im Fachbereich Sicherheit zur Meldung von Vorfällen im Bereich der Jugendkriminalität in Halle (Saale)

Vorlagen-Nummer: VII/2023/06344

TOP: 10.17

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Die Erfassung und Bekämpfung von Straftaten ist generell Aufgabe der Polizei. Aufgrund der aktuellen Situation hat die Stadt Halle (Saale) unabhängig davon bereits zahlreiche Maßnahmen eingeleitet und abgestimmt.

Um der Entwicklung der Jugendkriminalität gezielt entgegenzuwirken, haben das Land Sachsen-Anhalt und die Stadt Halle (Saale) am 2. Oktober 2023 in einer fach- und ressortübergreifenden Beratung den dazu bereits bestehenden Austausch weiter intensiviert. Vor allem wurde ein gemeinsamer Maßnahmenplan zur Bekämpfung der Jugendkriminalität erarbeitet:

1. Es wird ein neues Konzept zur Stärkung des Sicherheitsgefühls umgesetzt: Die Polizeiinspektion und die Landesbereitschaftspolizei in Halle (Saale) stärken durch spürbare Präsenz, wahrnehmbare Fußstreifen und Kommunikation die Sicherheit in der Stadt Halle (Saale).
2. Schulen aus Halle (Saale) und die Polizeiinspektion Halle (Saale) vereinbaren Präventionspatenschaften zwischen Schulklassen und der Polizei.
3. Die Stadt Halle (Saale) initiiert anlassbezogene Fallkonferenzen mit dem Jugendamt, dem Schulamt, den Jugendberatungsstellen, den Jugendhelfeträgern sowie der Polizei und Justiz zu einzelnen Jugendlichen.
4. Die Stadt Halle (Saale) stärkt die kommunale Kriminalprävention durch die intensive Zusammenarbeit mit dem Integrationsnetzwerk und dem Präventionsrat der Stadt.
5. In geeigneten Fällen werden durch die Justiz vereinfachte Jugendverfahren durchgeführt.
6. Der Erlass zur Meldung von Schulpflichtverletzungen wird vom Land kurzfristig angepasst, damit entsprechende Meldungen früher erfolgen und an die jeweiligen Ordnungsämter kommuniziert werden.



7. Die Stadt Halle (Saale) schafft eine Anlaufstelle für Opfer von Jugendgewalt, die eng mit bestehenden Opferschutzeinrichtungen und -beratungsstellen zusammenarbeiten wird.

8. Die von Land und Bund geförderte Projektarbeit zur Gewaltprävention wird in der Stadt Halle (Saale) weiter forciert. Weitere Projekte der Teilhabe durch Bildung werden stärker auf die Prävention von Gewaltdelinquenz ausgerichtet.

9. Berufsorientierungsangebote werden zielgruppenorientierter gestaltet und verstärkt auch außerhalb der Schule umgesetzt.

Die mit dem vorliegenden Antrag vorgeschlagene Maßnahme ist mit dem Fokus als Anlaufstelle für Opfer von Jugendgewalt ein Bestandteil des Maßnahmenkatalogs. Mit dem Land und der Justiz besteht Einigkeit, dass das Führen einer Meldeställe für Straftaten durch die Stadt nicht zielführend ist. Der Fokus soll auf die Nutzung und Kommunikation der bereits bestehenden Meldestrukturen (Polizei, Staatsanwaltschaft) liegen.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister